

## Energiepreise bedrohen Standort

5 Maßnahmen, die jetzt helfen



**MINT-REGIONEN**  
Initiative gegen Fachkräftemangel  
in Technik und F&E

Seite 4



**SALZBURG SUMMIT 2022**  
30 internationale Speaker  
zum Thema Challenges

Seite 5



**WIEN**  
20 Jahre  
im Dienste der Exzellenz

Seite 10

## AKTUELLES IN KÜRZE



## Rumänischer Umweltminister zu Besuch am Schwarzenbergplatz

Eine Delegation unter Leitung des rumänischen Umweltministers Bar-na Tănczos besuchte kürzlich die Industriellenvereinigung. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen sowie konkrete IV-Mitgliederanliegen. Derzeit sind 1.500 österreichische Unternehmen in Rumänien aktiv, österreichische Investitionen sichern rund 58.600 Jobs. Das Land ist ein Schlüsselmarkt für die österreichische Industrie. Die größten Investoren sind OMV und Erste Bank.

### Sorge um Wettbewerbsfähigkeit

IV-Präsident Georg Knill unterstrich beim Treffen das Bekenntnis der österreichischen Industrie zu den internationalen Klimazielen. Angesichts der Energiepreis-Entwicklung stelle sich aber die Frage, wie man Klimaziele erreichen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit sichern könne. Die rumänische Regierung möge die gemeinsamen Bedenken, wie man unter diesen Bedingungen Wachstum und Arbeitsplätze in Europa sichern könne, in den europäischen

Meinungsbildungsprozess einbringen. Knill: "Die verstärkte Zusammenarbeit der mitteleuropäischen Staaten in zentralen Fragen der Wettbewerbsfähigkeit liegt im Interesse Rumäniens und Österreichs. Forschung und Entwicklung, Energieversorgungssicherheit, Handelspartnerschaften der Zukunft stehen dabei im Vordergrund.

### Alternative Exportrouten für die Ukraine

Minister Tănczos erläuterte in der Industriellenvereinigung neben den Prioritäten und Vorhaben der rumänischen Regierung auch die Konsequenzen der Ukraine-Krise für sein Land. Rumänien hat - nach Polen - mit 940.000 Personen die zweithöchste Zahl an Flüchtlingen aufgenommen und ukrainischen Exporteuren landwirtschaftlicher Produkte mit dem Hafen Constanta alternative Routen eröffnet. Auch die EU-Erweiterung war Thema: Österreich und Rumänien unterstützen beide die Integration der Westbalkan-Staaten und plädieren insbesondere für eine Beitrittsperspektive für Albanien und Nordmazedonien.

## IV unter den besten Arbeitgebern Österreichs

Die Industriellenvereinigung gehört zu den besten Arbeitgebern Österreichs. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie von „Leading Employers“, für die jährlich die Top 1% der heimischen Arbeitgeber ermittelt werden. Dafür analysiert das Institut mehr als 40.000 Unternehmen. In die Metastudie fließen insgesamt rund 700.000 Daten zu Themen wie HR-Expertise, Mitarbeiterzufriedenheit, Talentkommunikation und Gesundheit ein. Die Studie wird seit 2017 durchgeführt und ist eigenen Angaben zufolge die umfangreichste

ihrer Art. "Hinter der IV steht ein starkes Team, das gemeinsam daran arbeitet, die Rahmenbedingungen für die Unternehmen dieses Landes zu verbessern und den Standort insgesamt zu stärken. Als Arbeitgeber ist es uns ein besonderes Anliegen, unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu fördern und ein Umfeld zu schaffen, in dem Höchstleistungen erbracht werden können", sagt IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. "Wir freuen uns, dass der Award von 'Leading Employers' diesen Einsatz auch nach außen hin sichtbar macht."



Die IV freut sich über den Leading Employers Award. V.l.n.r.: Andreas Prenner, Monika Schuh, Christoph Neumayer

## GASTKOMMENTAR

# Das große Energieproblem

Die Treffsicherheit bei den Hilfen für die Industrie ist zentral – nicht zuletzt wegen des belasteten öffentlichen Budgets durch die Coronakrise.

Volatile Strom- und Gaspreise bereiten einigen europäischen Unternehmen Schwierigkeiten. Sie führen dazu, dass an den Börsen mehr Sicherheiten hinterlegt werden müssen, die schnell in Milliardenhöhen schießen können. An sich sind solche Termingeschäfte eine übliche Form der Absicherung der künftigen Versorgung und keine „Spekulationsgeschäfte“; dennoch mangelnde Liquidität wird gerade zum großen Thema. Das aber ist immer noch nicht das größte Problem.

Durch die hohen Gaspreise, ausgefallene Atomkraftwerke in Frankreich und Dürre in Österreich werden gerade an den Strombörsen horrenden Summen für Strom verlangt. Das Problem betrifft - wie ersichtlich - die Stromversorger, aber genauso die Industrie. Auch jene Unternehmen, die Absicherungen getroffen haben, müssen diese bald erneuern – deren Kosten werden schlagartig steigen. Darüber hinaus, in einem Fall der direkten Geschäfte der Unternehmen mit dem Versorger, sollte der Letztere zahlungsunfähig werden, verfallen möglicherweise

die Hedges – ein gravierendes Problem für die betroffenen Industriekunden.

**„Es ist wichtig, dass Liquidität bereitgestellt wird, um künftige Ausfälle der Versorger zu vermeiden.“**

Es ist wichtig, dass Liquidität bereitgestellt wird, um künftige Ausfälle der Versorger zu vermeiden und Liquiditätsprobleme nicht in reale Verluste umzuwandeln. Es gilt hier eine Differenzierung vorzunehmen, denn aufgrund der Heterogenität der Produktionsquellen und unterschiedlichen Anteile der Eigenproduktion, ist die jeweilige finanzielle Situation der Stromunternehmen

unterschiedlich. Keinesfalls sollten SteuerzahlerInnen jene Unternehmen unterstützen, die keine Probleme haben, ebenso wenig wie Übergewinne eines Unternehmens nicht zur Rettung anderer Unternehmen genutzt werden. Das wäre für den Wettbewerb und die Anreize zum weiteren Ausbau erneuerbarer Energiequellen fatal.

Es ist auch wichtig, dass die möglichen Hilfen für die Industrie rasch ausgearbeitet werden, um weitere Anstiege der Produktionskosten abzufedern. Gleichzeitig muss aber darauf geachtet werden, dass auch hier Anreize zur Risikomitigierung bei der Strom- und Gasbeschaffung gegeben sind. Es soll eine Situation vermieden werden, wo Unternehmen, die sich schlechter abgesichert haben, bevorzugt werden. Gutes Risikomanagement muss auch künftig eine der wichtigsten Aufgaben des Managements sein und nicht durch öffentliche Hilfe an die Steuerzahler ausgelagert werden.

Die Treffsicherheit der öffentlichen Hilfen ist zentral. Nicht zuletzt wegen des belasteten öffentlichen Budgets durch die

Coronakrise, die fiskalischen Kapazitäten an ihre Grenzen gebracht haben. In Zeiten hoher Inflation und steigender Zinsen, die eine öffentliche Finanzierung erschweren, ist ein effizienter Umgang mit Steuergeld doppelt wichtig.



Monika Köppl-Turyna

# Ruder jetzt herumreißen!

Die Explosion der Energiekosten ist für viele Unternehmen existenzbedrohend und schwächt den Wirtschaftsstandort massiv. Die Politik muss jetzt rasch und entschieden handeln.

Die Lage ist mittlerweile dramatisch: Die Preis- und möglichen Versorgungsprobleme bei Strom und Gas zwingen die ersten Unternehmen, eine Drosselung der Produktion und Kurzarbeit vorzubereiten. Die Energiekosten sind explodiert – der Gaspreis hat sich gegenüber dem Vorjahr verzehnfacht, der Strompreis versechsfacht. Unternehmen zahlen in Europa ein Vielfaches des Gaspreises in den USA. Energieintensive Unternehmen in Österreich investieren seit Jahren in den Umstieg auf alternative Energiequellen – für die Erzeugung von Prozesswärme für Industrien wie Stahl, Papier oder Chemie ist Gas jedoch derzeit nach wie vor nur schwer und oft nur mit großem Aufwand substituierbar.

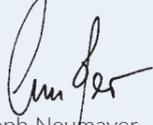
Die aktuelle Preisexplosion ist nicht nur existenzbedrohend für Unternehmen. Sie gefährdet Arbeitsplätze und schwächt Österreich und Europa als Wirtschaftsstandort. Viele Unternehmen werden derzeit zweimal darüber nachdenken, hier zu investieren – kaum wo sind die Energiekosten derzeit höher als in Europa. Zumal das Problem ist aufgrund langfristiger Verträge in seiner vollen Breite angekommen ist: Eine Verlängerung dieser Verträge, von denen viele mit Jahresende oder im ersten Quartal des nächsten Jahres auslaufen, zu günstigen Konditionen ist unwahrscheinlich. Das steigert die Abhängigkeit von den Preisen an den Spotmärkten.

Schuld an dieser Entwicklung sind neben den kriegsbedingten Unsicherheiten im

Wesentlichen zwei Punkte: Einerseits die europäische Strompreisfindung, durch die der Strompreis an den Gaspreis gekoppelt ist. Und andererseits der unkoordinierte Einkauf von Gas aus alternativen Quellen einzelner EU-Länder – Stichwort Flüssiggas aus den USA – der den Preis auch dort zusätzlich in die Höhe treibt.

Die gute Nachricht: Es ist noch nicht ganz zu spät, zu handeln. Was es braucht, ist der starke politische Willen, die Situation mit gezielten Maßnahmen in den Griff zu bekommen – und zwar europaweit. Ein gemeinsamer Gaseinkauf und eine temporäre Umgestaltung des Merit-Order-Systems zur Strompreisfindung sind das Gebot der Stunde. Und kurzfristig braucht die Industrie in Österreich Hilfsinstrumente zur Überbrückung der aktuellen Krise. Dazu hat die IV einen Notfallkoffer mit Werkzeugen vorgelegt, die unter anderem eine Erhöhung des Energiekostenzuschusses auf 2,5 Milliarden Euro vorsieht (siehe Coverstory).

Gleichzeitig brauchen wir umso dringender schnelle Verfahren für den Ausbau von Wasser-, Wind- und Solarenergie und eine Energiepolitik, die nicht ausgerechnet jetzt konventionelle Kraftwerke abschaltet, bevor diese Alternativen ausreichend zur Verfügung stehen. Die Zeit drängt.

Ihr  
  
 Christoph Neumayer,  
 IV-Generalsekretär

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 1. September 2022 war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie finden Sie unter [www.iv.at](http://www.iv.at).



INDUSTRIENVEREINIGUNG

## HERBERT KREJCI...

...wäre am 13. September 100 Jahre geworden. Er prägte die Industriellenvereinigung als langjähriger Mitarbeiter und Generalsekretär maßgeblich: Er begann in der Pressestelle, übernahm 1961 die Chefredaktion der Wochenzeitschrift „Industrie“ und fungierte ab 1980 zwölf Jahre lang als IV-Generalsekretär. Aus dieser Funktion schied er überzeugt Europäer mit seiner Pensionierung 1992 aus. Herbert Krejci war überzeugter Anhänger einer sozialen Marktwirtschaft und kritischer Bürgerlich-Liberaler, der sich nicht nach gängigen Kriterien einordnen oder vereinnahmen ließ. Er ist stets für Toleranz, Verantwortung, Demokratie und Menschenrechte eingetreten und hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die IV nicht nur industrielle Anliegen vertritt, sondern politische Rahmenbedingungen prägt und gesellschaftspolitische Verantwortung in den Fokus ihres Handelns rückt. So hatte Krejci maßgeblichen Anteil daran, dass sich die IV zu einer starken und gestaltenden Organisation im Land entwickelte.



## AKTUELLES IN KÜRZE

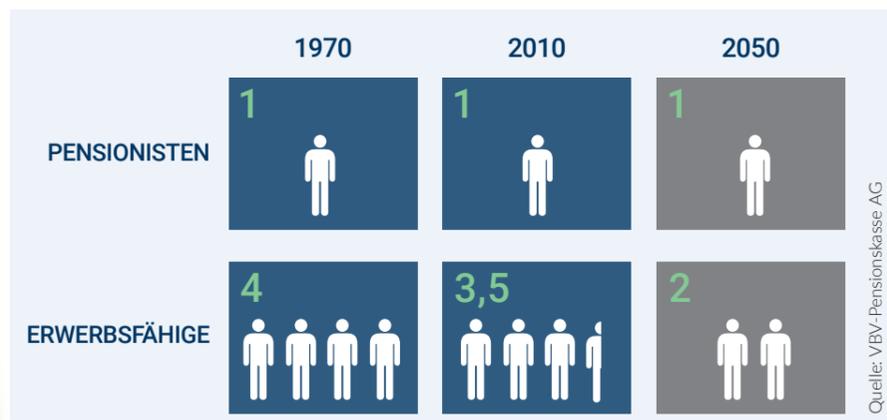
### POSTING DES MONATS



### GRAFIK DES MONATS

Unser Pensionssystem braucht dringende Reformschritte: Einem Bericht der Alterssicherungskommission zufolge steigen die öffentlichen Ausgaben für Pensionen von aktuell rund 24,2 Milliarden Euro bis 2026 auf rund 31 Milliarden Euro massiv an. Gleichzeitig ist das faktische Pensionsantrittsalter in Österreich nach wie vor vergleichsweise gering und bewegt sich auf Werten ähnlich Anfang der 1970er Jahre. Österreich liegt damit deutlich unter dem

OECD-Schnitt und hinter Ländern wie Deutschland, der Schweiz oder Schweden. Das Pensionssystem ist also bereits heute in einer Schieflage. Was es braucht, sind Schritte, die das Pensionssystem zukunftsfähig machen, insbesondere ein Schließen der Frühpensionsschlupflöcher, ein Abbilden der steigenden Lebenserwartung und eine wirksame Reintegration von Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen in den Arbeitsmarkt.



### ZAHL DES MONATS

# 6,5

Jeder 6. Bis 7. MINT-Job kann nicht besetzt werden. Der Fach- und Arbeitskräftemangel zieht sich durch nahezu alle Branchen – im MINT-Bereich ist es besonders fordernd, Fachkräfte zu rekrutieren. Es gibt zahlreiche Initiativen, die die Situation ändern wollen – um diese zu bündeln und stärker vor den Vorhang zu holen, präsentieren Bildungsminister Polaschek und Generalsekretär Neumayer die MINT-Regionen. Die Einrichtung deklarierter MINT-Regionen ist eine langjährige IV-Forderung und wird nun umgesetzt. Unter Federführung des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung und in Kooperation mit IV, OeAD, MINTality Stiftung und aws sollen regionale Netzwerke aus Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Unternehmen und weiteren Playern (wie der kommunalen Verwaltung) aufgebaut werden. Ziel der Initiative ist die Steigerung des Einflusses von MINT-Einzelaktivitäten in den Regionen und der Aufbau eines MINT-Angebots entlang der gesamten Bildungskette.

# Konjunkturumfrage zeichnet zwiegespaltenes Bild

Durch überlappende Krisen und wirtschaftlichen Verwerfung wird Aufschwung nach Covid gebremst und die Aussichten Richtung Herbst trüben sich.

Die Lücke zwischen der positiven Geschäftslage und einer negativen Geschäftserwartungen klappte selten zuvor so drastisch auseinander – vor allem aber nicht über einen so langen Zeitraum, zu dieser Erkenntnis kam der Konjunkturbarometer für das zweite Quartal. Im Rahmen der Umfrage wurden insgesamt 408 Unternehmen befragt, die insgesamt 301.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen.

Diese ungewöhnliche Situation ergibt sich auf einem außerordentlich hohen Auftragsbestand einerseits, der sich infolge von Lieferkettenunterbrechungen und Fachkräfteknappheit aufgestaut hat, stellt sich die aktuelle Konjunkturlage unter den besonderen Bedingungen der Post-COVID-Erholung weitaus besser dar als unter normalen Voraussetzungen. Und aus wirtschaftlichen Verwerfungen aus der gegenwärtigen Koinzidenz mehrerer Krisen (Pandemie, Krieg in der Ukraine, Inflation) andererseits. Diese wiegen zu schwer, als dass gute Auftragsbestände allein einen hinreichend langen Konjunkturatem für das Durchtauchen dieser Phase verleihen würden. Die Kumulation der Krisen wird die

österreichische Wirtschaft treffen, aufgrund ihrer internationalen Exponierung besonders die österreichische Industrie.

Zusätzlich zu den aktuellen wirtschaftspolitischen Herausforderungen kommt, dass die konjunkturellen Risiken derzeit asymmetrisch verteilt sind. Das bedeutet, dass einerseits die Notenbanken beginnen sich einzugestehen, dass mit einer mehrjährigen Phase der Verfehlung des Geldwertstabilitätszieles zu rechnen ist, folglich wird auch die private Konsumnachfrage weiter unter Druck geraten. Und andererseits lässt sich eine Gas-mangellage in den kommenden Monaten und Quartalen nicht ausschließen, sodass neben der Preiskomponente der Energienutzung auch eine bloße Verfügbarkeitskomponente treten könnte, die ihrerseits Rückwirkungen nicht nur auf die Inflationsrate, sondern auch auf die Beschäftigungslage insbesondere in der Industrie hätte. Doch selbst wenn dieses Negativ-Szenario nicht einträte, stellt sich die Frage nach der Wettbewerbsfähigkeit des Produktionsstandortes Österreich, sollten die Energiekosten für längere Zeit bei einem Mehrfachen der nordamerikanischen und asiatischen Niveaus verharren.

## KONJUNKTURBAROMETER



Das IV-Konjunkturbarometer erreichte 2021 den höchsten Wert seit drei Jahren. Seit dem ersten Halbjahr 2022 erleben wir einen Abwärtstrend.

## Zukunft braucht Technologie und die besten Köpfe

Forschung, Technologie und Innovation sind Wachstumsmotoren und stärken die Wettbewerbsfähigkeit und Krisenfestigkeit von Unternehmen. Dafür braucht es nicht nur die richtigen Technologien, sondern auch qualifizierte Fachkräfte.

Forschung und innovative Technologien sind der Garant für einen starken Wirtschaftsstandort Österreich. Ihre Bedeutung für die Industrie und ihre Auswirkungen auf Wohlstand und Fortschritt standen im Zentrum des Auftakts der Technologiesgespräche des Forums Alpbach (siehe Kasten unten).

„Unternehmen mit hohem Digitalisierungsgrad sind produktiver, können höhere Umsatzsteigerungen erzielen und ziehen mehr Talente an. Zudem – und das zeigt sich insbesondere in Krisenzeiten – verfügen

Technologie-Frontrunner über eine höhere Resilienz gegenüber Nachzüglern“, bilanziert IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. Digitalisierung birgt laut Studien ein Potential von jährlich knapp 20.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen sowie von bis zu 3,6 Mrd. Euro an zusätzlichem BIP-Wachstum pro Jahr.

### Bildungsinitiative „MINT-Regionen“ startet

Gerade im hochqualifizierten MINT-Bereich spüren Unternehmen allerdings den anhaltenden Fachkräftemangel. Drei von vier Industrieunternehmen leiden seit Jahren unter Personalengpässen in IT, Technik,

Produktion und F&E – und das in Krisenzeiten. In Summe konnte zuletzt jeder sechste bis siebente hochqualifizierte MINT-Job nicht besetzt werden. Knapp 50.000 offene Stellen sind im produzierenden Bereich ausgeschrieben, viele davon im MINT-Bereich, was einer Vervielfachung innerhalb von zehn Jahren entspricht.

„In Österreich ist mehr strategische Koordination bei MINT-Aktivitäten nötig“, so IV-Präsident Georg Knill. Das unter Federführung des Bildungsressorts in Kooperation mit der Industriellenvereinigung, der MINTality-Stiftung, dem OeAD und der aws gestartete Leuchtturmprojekt „MINT-Regionen“ soll deshalb österreichweit eine Vernetzung der Akteure bewirken und den Impact der Einzelinitiativen im „Land der 1000 MINT-Initiativen“ erhöhen. Die Vision der Industrie

ist ein durchgängiges MINT-Angebot entlang der gesamten Bildungskette – ähnlich einem „roten Faden“, durch den jedes Kind kontinuierlich mit MINT in Kontakt kommt, in Kindergarten, Schule, Forschungseinrichtungen, Hochschulen, Unternehmen oder bei privaten Initiativen.

### 20 Prozent mehr MINT-Graduierte

Ein Fokus der IV-Aktivitäten liegt auf Mädchen und Frauen: Die neue MINTality-Stiftung der Industrie-Familie soll die Kräfte bündeln und mehr Mädchen für MINT begeistern. IV-Präsident Knill: „In Wahrheit steht MINT für ein Lebensgefühl. Für Neugier, Freude, Kreativität, eine dem Leben zugewandte, positive Grundhaltung. Wer im Innovationsbereich arbeitet, trägt die Hoffnung in sich, die Menschheit weiterzubringen.“

## MINT-Fakten auf einen Blick

- In Österreich arbeiten derzeit über 330.000 hoch qualifizierte Personen (Matura/Hochschule) in MINT-Berufen, davon 40% allein im produzierenden Bereich.
- Im F&E-Bereich sind derzeit 144.000 Personen in Österreich aktiv, was einer Steigerung von 49% in zehn Jahren entspricht.
- Bis 2030 werden in der EU zwei Mio. zusätzliche MINT-Jobs für hoch Qualifizierte prognostiziert.

In Österreich werden im MINT-Kernbereich (Physiker, Chemiker, Ingenieure, Softwareentwicklung etc.) 55.000 zusätzliche hochqualifizierte MINT-Jobs sowie 29.000 im IKT-Bereich bis 2025 erwartet.

- Der Frauenanteil bei Graduierten in Informatik liegt bei 16 Prozent, im Maschinenbau bei fünf Prozent. Aktuell sind weniger als ein Viertel der hoch qualifizierten MINT-Jobs von Frauen besetzt.



# Salzburg Summit 2022 unter dem Motto „Challenges“

Mehr als 30 internationale Speaker aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik tauschten sich beim Salzburg Summit an zwei Konferenztagen rund um brisante Themen der Gegenwart und Herausforderungen der Zukunft aus. Gesucht und gefunden wurden strategische Antworten auf die brennenden Fragen der Zeit.

Die Ursprungsidee des Salzburg Summit, der 2019 erstmals über die Bühne ging, war es, die Spitzen der europäischen und heimischen Wirtschaft, Politik und Wissenschaft einzuladen, um gemeinsam die großen Ideen und Visionen für Österreich und Europa zu diskutieren. „Dieser Gedanke leitet uns auch heute noch. Es geht uns um Denkanstöße und Lösungsansätze. Die Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger unserer Zeit sind gefordert, die richtigen strategischen Antworten auf Herausforderungen zu geben, wie wir sie in dieser Form seit Jahrzehnten nicht hatten“, sagte Georg Knill, Präsident der Industriellenvereinigung, bei seiner Eröffnungsrede zum Summit 2022.

## Treffen von Old und New Economy

Das diesjährige Motto „Challenges“ zog sich durch zwei Konferenztage, an denen zahlreiche renommierte Redner aus Traditionsbetrieben und Start-ups, Wissenschaft und Politik in einem Mix aus Diskussionsrunden,

Impulsvorträgen und Interviews zentrale Herausforderungen der Jetztzeit beleuchteten und Zukunftsvisionen diskutierten. Im Zentrum der Veranstaltung standen vor allem akute Problematiken, wie der Krieg in der Ukraine und die Energieversorgungssicherheit, aber auch künftige Leitthemen der Gesellschaft, wie die grüne und digitalen Transformation.

Unter anderem gaben Johannes Hahn (EU-Kommissar für Haushalt und Verwaltung), Karoline Edtstadler (Bundesministerin für EU und Verfassung), Wolfgang Ischinger (Ex-Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz) und Karl-Theodor zu Guttenberg (Chairman von Spitzberg Partners LLC) Einblicke in die aktuellen geopolitischen Dynamiken in Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg und besprachen die Folgen für die Rolle Europas. Nikolaus von Bomhard (Aufsichtsratsvorsitzender Münchener Rück & Deutsche Post DHL Gruppe) und Andrea Orzel (CEO UniCredit) richteten im Anschluss ihr Augenmerk auf die makroökonomischen

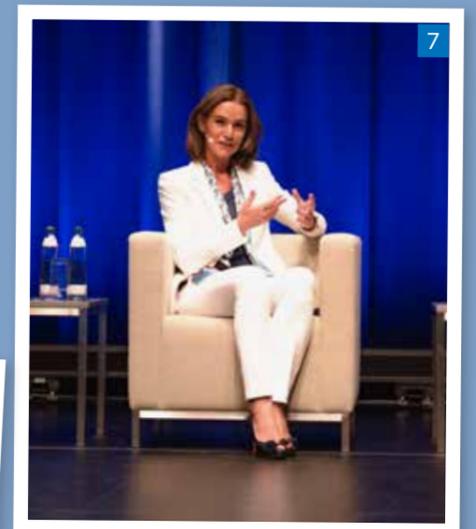
Herausforderungen für Europa. Den ersten Tag rundete eine Diskussion zur Bedeutung des grünen Wasserstoffes als Gamechanger für die europäische Energiewirtschaft ab. Dazu diskutierten Stefan Kaufmann, Innovationsbeauftragter „Grüner Wasserstoff“ der Deutschen Bundesregierung, und Michael Strugl, CEO der Verbund AG.

Am zweiten Tag der Konferenz referierte Sabine Herlitschka (CEO Infineon Austria) über die Bedeutung der Chip- und Halbleiterversorgung, Europas Chip-Act und die Investition in eine österreichische Chipfabrik, die sich auch als Beitrag zur Umsetzung der Pariser Klimaziele versteht. „Europa befindet sich in wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Hinsicht in einem globalen Wettbewerb. Bei den inhaltlichen Schwerpunkten – Stichworte: Chipdesign, Software, Produktion und die Stärkung der europäischen Abnehmermärkte – muss die gesamte Innovationskette umfasst sein. Europas Industrie ist dann erfolgreich, wenn sie auf Innovation, Forschung

und Technologie setzt. Dazu braucht es auch die nötigen Fachkräfte“, betonte die Vizepräsidentin der IV Österreich. Die Zukunft des Pharmastandorts Europa diskutierte Bundesminister Martin Kocher mit Sabrina Kistic (Managing Director und Partnerin Boston Consulting Group, BCG) und Nathalie Moll (Generaldirektorin European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations, EFPIA). Den Abschluss des Summits bildete schließlich ein Digitalisierungsschwerpunkt, unter anderem mit Staatssekretär Florian Tursky, Masmovil-CEO Meinhard Sprenger und GoStudent Co-Founder Felix Ohswald.

## Inspirationen & Impulse

IV-Präsident Knill meinte abschließend: „Wir haben spannende Gespräche und inspirierende Diskussionen rund um neue Ideen, etablierte Konzepte und Visionen für die Zukunft erlebt. Ich bin mir sicher, dass alle, die beim Salzburg Summit zu Gast waren, wichtige Denkanstöße mit auf die Reise nehmen konnten.“



1. Landeshauptmann Wilfried Haslauer, Festspiel-Präsidentin Kristina Hammer und IV-Präsident Georg Knill  
2. Magenta-CEO Andreas Bierwirth mit Ex-Bundeskanzler Sebastian Kurz  
3. EU-Kommissar Johannes Hahn  
4. EU-Ministerin Karoline Edtstadler  
5. Unternehmensberater Karl-Theodor zu Guttenberg

6. IV-Positionen Chefredakteurin Sara Grasel, IV-Vizepräsidentin & CEO Infineon Austria Sabine Herlitschka  
7. Vertriebs-Vorständin Audi AG Hildegard Wortmann  
8. Wirtschafts- und Arbeitsminister Martin Kocher  
9. Founder GoStudent Felix Ohswald, Chefredakteur brutkasten Dejan Jovicic

# Energiepreise bedrohen Standort: 5 Maßnahmen, die jetzt helfen

Die Energiepreise haben sich innerhalb eines Jahres vervielfacht; 2023 könnte die Situation für viele Unternehmen noch dramatischer werden. Die IV schlägt fünf ganz konkrete Maßnahmen vor, die ein schnelles Gegensteuern ermöglichen.

**D**ie hohen Energiepreise bedrohen Produktion und Arbeitsplätze in Österreich. „Die Situation ist mehr als dramatisch“, richtet IV-Präsident Georg Knill seinen Appell an die Politik. „Vielen Unternehmen steht das Wasser bis zum Hals.“ Um ein rasches Handeln zu unterstützen, legt die Industriellenvereinigung einen Werkzeugkoffer mit fünf konkreten Maßnahmen vor: die Ausweitung vorhandener Hilfsinstrumente, eine Liquiditätsstärkung für Unternehmen, eine Vorbereitung der Verwaltung auf Kurzarbeit, die Reform des europäischen Strommarkts und ein gemeinsamer europäischer Energieeinkauf.

Binnen eines Jahres hat sich der Gaspreis verzehnfacht und der Strompreis sechsfacht. Kommendes Jahr wird es für viele weitere Unternehmen eng, die langfristige Verträge abgeschlossen haben. Etliche davon laufen mit Ende des Jahres aus. „Beispielsweise steht ein mittelgroßes Industrieunternehmen mit Energiekosten von rund einer Million Euro pro Jahr nun vor der Herausforderung, im kommenden Jahr zwölf Millionen Euro für die benötigte Energie zu stemmen – das geht sich einfach nicht mehr aus“, so Knill. Dutzende Unternehmen stehen schon jetzt vor diesem Dilemma. Die Lage werde auch kurzfristig bereits spürbare Effekte haben: „Es drohen Produktionsdrosselungen und Arbeitslosigkeit in Österreich, sofern nicht konsequent und schnell gegengesteuert wird“.

## Erhöhung und Verlängerung des Energiekostenzuschusses

In einem ersten Schritt schlägt die IV eine Erhöhung des Energiekostenzuschusses auf 2,5 Mrd. Euro samt Verlängerung ins

nächste Jahr vor. Bisher gilt der direkte Zuschuss nur bis Jahresende für jene Unternehmen, bei denen die Energiebeschaffungskosten mindestens drei Prozent des Produktionswertes betragen oder bei denen die nationale Energiesteuer mehr 0,5 % des Nettoproduktionswertes beträgt. Die Regierung sieht dafür bisher 450 Mio. Euro vor. „Als Akuthilfe braucht es eine Überarbeitung der bestehenden Hilfsmittel wie des Energiekostenzuschusses und der Strompreiskompensation. Ersterer sollte, äquivalent zu den gestiegenen Energiekosten, ein Volumen von mindestens 2,5 Mrd. Euro umfassen und bis zum nächsten Jahr verlängert werden“, fordert Knill.

**„Es drohen Produktionsdrosselungen und Arbeitslosigkeit in Österreich, sofern nicht konsequent und schnell gegengesteuert wird.“**

Ein weiteres treffsicheres Hilfsinstrument ist die Strompreiskompensation. Dabei handelt es sich um die von der EU bereits 2013 eingeräumte Möglichkeit, Unternehmen einen Teil der indirekten CO<sub>2</sub>-Kosten

zu erstatten. Bereits 14 EU-Mitgliedsstaaten, darunter Deutschland, Tschechien, Frankreich, die Slowakei, Polen, Spanien und Finnland, sowie Norwegen und das Vereinigte Königreich, machen davon Gebrauch. Der Entwurf für die Umsetzung in Österreich liegt vor, muss aber aus Sicht der IV so angepasst werden, dass es nicht zu einer Wettbewerbsverzerrung innerhalb Europas zulasten der österreichischen Industrie kommt. Dafür ist eine Ausweitung der begünstigten Sektoren und eine Verlängerung der Kompensation bis 2030 wie in Deutschland erforderlich. Erst am 19. August genehmigte die Kommission für Deutschland 27,5 Milliarden Euro an Strompreiskompensation für den Zeitraum 2021 bis 2030. Es gibt keine Gründe, warum ein vergleichbares Instrument in Österreich nicht implementiert werden sollte.

Ergänzend zur Anpassung dieser Hilfsmittel braucht es ein Werkzeug, das Unternehmen kurzfristig bei der Beschaffung und Absicherung der notwendigen Energie unterstützt. Dafür schlägt die IV staatliche Garantien vor – ähnlich wie während der COVID-19-Akutphase. Als steuerliche Maßnahme braucht es zudem die dauerhafte Einführung eines dreijährigen Verlustrücktrags für Unternehmen, um die Liquidität der Betriebe zu stärken.

Erste Unternehmen, wie der Faserhersteller Lenzing AG im Burgenland, denken bereits offen darüber nach, die Produktion zurückzufahren und melden dementsprechend Kurzarbeit an. Noch sind es Einzelfälle, das könnte sich aber rasch ändern, mahnt Knill: „Sollte es aufgrund unbezahlbarer Energiekosten oder einer Energiemangellage zu Produktionsdrosselungen in den Betrieben

kommen, droht eine Kurzarbeitswelle, ähnlich der Coronajahre 2020 und 2021". Die Verwaltung muss jetzt darauf vorbereitet werden, um im Ernstfall bereit zu sein.

### Temporäre Anpassung der Strompreisbildung

Eines der Grundprobleme der aktuellen Entwicklungen der Energiepreise liegt in der Strompreisbildung, die auf europäischer Ebene geregelt ist und damit auch nur dort gelöst werden kann. Dass der europäische Strom-

**„Die Industrie unterstützt die Bundesregierung ausdrücklich darin, diese Reform auf europäischer Ebene anzustoßen und voranzutreiben.“**

Zur Erinnerung: Bei der Merit-Order bestimmt das teuerste Kraftwerk den Preis für Strom. Zuerst wird das günstigste Kraftwerk eingeschaltet, dann das zweitgünstigste, und so weiter, bis der Bedarf gedeckt ist. Das letzte zugeschaltete Kraftwerk ist demnach das teuerste und bestimmt den Preis für alle anderen – derzeit sind das Gaskraftwerke.

„Europäische Herausforderungen, brauchen europäische Antworten. Nationale Alleingänge im Bereich der Stromversorgung schwächen lediglich einzelne Staaten und dienen der Symptombekämpfung, während die Wurzel des Problems unberührt bleibt. Daher ist das Strommarktdesign dahin gehend zu reformieren und die Merit-Order weiterzuentwickeln. Die Industrie unterstützt die Bundesregierung ausdrücklich darin, diese Reform auf europäischer Ebene anzustoßen und voranzutreiben“, so Knill. „Klar ist jedoch auch, dass es Entlastungen für die heimischen Unternehmen brauchen wird, bis eine europäische Lösung gefunden wird. Bleibt die Situation unverändert oder spitzt sie sich weiter zu, drohen Produktionsdrosselungen und Arbeitslosigkeit“.

markt reformiert werden muss, hat auch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bereits angekündigt. Die fragliche Merit-Order, die derzeit die Strompreisbildung bestimmt, stehe dabei allerdings erst mittel- oder langfristig zur Debatte. Aus Sicht der IV ist eine raschere Änderung des Systems als temporäre Maßnahme notwendig. Das Grundprinzip der marktbasierten Strompreisbildung soll nicht verworfen werden.

Ein weiterer Punkt, der bisher verabsäumt wurde, ist der gemeinsame strategische Gaseinkauf in der EU. „Damit können große Gas-Volumina über lange Zeiträume kontrahiert werden, die es ermöglichen, internationale Gasprojekte (wie die Erschließung neuer Gasfelder oder den Bau von LNG Terminals) zu realisieren und damit bestehende Mängel an den Gasmärkten zu überwinden“, so Knill abschließend.

## NOTFALLKOFFER GEGEN HOHE ENERGIEKOSTEN

### 1. Ausweitung und Verlängerung der bestehenden Hilfsinstrumente

- Energiekostenzuschuss auf 2,5 Mrd. EUR erhöhen
- Strompreiskompensation – ausweiten und verlängern

### 2. Liquiditätsstärkung für Unternehmen

- Pragmatische Mittel wählen: Es braucht staatliche Überbrückungsgarantien
- Dauerhafte Einführung eines dreijährigen Verlustrücktrags für Unternehmen stärkt Liquidität im Unternehmen

### 3. „Awareness schaffen“ – Verwaltung auf Kurzarbeit vorbereiten

- Kurzarbeitswelle ähnlich wie in der Covid-19-Pandemie droht – Verwaltung frühzeitig vorbereiten

### 4. Reform des europäischen Strommarkts

- Weiterentwicklung der Preisbildung entlang der Merit-Order

### 5. Gemeinsamer europäischer Energieeinkauf

- Versorgungssicherheit durch Einkauf großer Gas-Volumina über lange Zeiträume

# Maßnahmen gegen Pädagogenmangel

Das österreichische Bildungssystem leidet unter Personalmangel, in manchen Fächern und einigen Regionen akut. Weit vor Schulstart war offensichtlich, dass das Angebot an offenen Stellen jenes an Bewerbern deutlich übersteigt.

**A**ls Akutmaßnahme werden vielerorts Studierende mittels Sonderverträgen schon früh in den Schulen beschäftigt. Ohne strukturellen Rahmen steigt damit die Gefahr, dass Studierende ihr Studium aufgrund des beruflichen Arbeitspensums nicht abschließen und eine Überführung in das reguläre System nicht möglich ist.

In der Pädagogischen Hochschule NÖ wird daher das bisherige berufsbegleitende Studium in ein den Lehrberuf begleitendes Studienangebot transformiert. Ab dem 7. Semester wird das Studium mit Berufspraxis verbunden. Mit diesem Konzept möchte man Pädagogen ohne Qualitätsverlust schneller an die Schulstandorte bringen.

Eine weitere Sofortmaßnahme ist der Quereinstieg. Die Regeln für den berufsbegleitenden Einstieg in den Lehrerberuf sollen erleichtert werden: Das ist das Ziel einer neuen Dienstrechtsnovelle, die im Juni 2022 vorgestellt wurde. Insbesondere sollen die Eingangsvoraussetzungen vereinfacht und die pädagogische Eignung zukünftig schon vor dem berufsbegleitenden Studienbeginn festgestellt werden. Die erforderliche Berufspraxis im Klassenzimmer wird auf drei Jahre vereinheitlicht und künftig sind keine Vertragsbefristung oder Gehaltsabschläge zu befürchten.

Die Möglichkeit einer halben Lehrverpflichtung ermöglicht es zudem Quereinsteigern



mit einem zweiten Standbein in der Wirtschaft, ihre Erfahrung im Schulkontext einzubringen. Der Quereinstieg dient folglich als qualitative Ergänzung des Lehrpersonals, nicht als Konkurrenz zum Vollzeit-Lehramtsstudium. Besonders eklatant ist der Missstand in der Elementarpädagogik. Auf die geringe Entlohnung und schlechte Arbeitsbedingungen machten Elementarpädagogen im ersten Halbjahr 2022 bei bundesweiten Demonstrationen aufmerksam. Die von der Bundesregierung zugesagte Kindergartenmilliarde soll die Gemeinden

beim Ausbau der Elementarbildungsplätze finanziell unterstützen.

Weitere Maßnahmen sind allerdings notwendig: So braucht es eine Ausbildungsinitiative für Elementarpädagoginnen und -pädagogen, weil zu wenige nach Absolvierung ihrer Ausbildung in den Beruf einsteigen. Daneben ist eine Kampagne wichtig, um auf den gesellschaftlichen Mehrwert der Pädagogen aufmerksam zu machen und das Bild des Lehrberufs in ein neues Licht zu rücken.

## EINLADUNG

Dieses facettenreiche und komplexe Thema möchten wir im Rahmen der Bildungsarena am 17. November 2022 ab 17:30 im Impact Hub in Wien weiter diskutieren und Sie schon jetzt dazu einladen.

Anmeldung unter:  
[team@neustart-schule.at](mailto:team@neustart-schule.at)

## AKTUELLES IN KÜRZE



### IV tritt für Spendenabsetzbarkeit für Bildungsorganisationen ein

Jeder Euro, der in Bildung fließt, ist eine wichtige Investition für den Standort; Bildungsinvestitionen erwirtschaften eine hohe Rendite. Allein jeder in frühe Bildung investierte Euro bringt volkswirtschaftlich gesehen einen mindestens achtfachen Nutzen, Weiterbildungs- und Upskilling-Initiativen helfen gegen den Fachkräftemangel. Die Corona-Pandemie hat zusätzlich einen steigenden Bedarf nach Bildungsinitiativen für Kinder und Jugendliche aus belasteten sozialen Umfeldern, Geflüchtete und der Erwachsenenbildung, ausgelöst, die das staatliche Bildungssystem flankieren. Im vergangenen Jahrzehnt sind zahlreiche private Bildungsinitiativen entstanden, viele Unternehmen und Stiftungen setzen sich mit ihrem Kapital für verbesserte Bildungschancen ein.

Während in 35 OECD Ländern Spenden an Bildungsinstitutionen steuerlich begünstigt werden, sind in Österreich jedoch nur solche Spenden für Bildung steuerlich abzugsfähig,

die für Projekte in Entwicklungsländern oder bei der Erwachsenenbildung an Einrichtungen auf Hochschulniveau gegeben werden. Spendet man aktuell etwa an eine Organisation mit einem Bildungsprojekt in Afrika, ist die Spende steuerlich begünstigt, für ein Projekt in Österreich nicht. Eine Berechnung aus 2019 von ECO Austria zeigt, dass bei einer Gleichstellung von Spenden für Bildung und Berufsausbildung mindestens 30 Mio. Euro pro Jahr mehr für gemeinnützige Projekte im Bereich Bildung mobilisierbar sind.

Die IV tritt daher gemeinsam mit Akteuren wie der B&C Stiftung, der Erste Stiftung, dem Verband für gemeinnütziges Stiften und der Organisation Teach for Austria dafür ein, dass – wie im Regierungsprogramm vereinbart – Spenden an Bildungsorganisationen umfassend steuerlich begünstigt werden, und zwar sowohl für Stiftungen – durch Entfall der KEST bzw. Reduktion der KöSt – als auch für private Spender durch eine Reduktion der Einkommenssteuer.

### Sommerschule bringt Mehrwert für Schüler

Schon zum dritten Mal fand diesen Sommer in den beiden letzten Ferienwochen vor dem Schulstart die Sommerschule für Schülerinnen und Schüler in Österreich statt. Die Teilnahme war freiwillig und das Interesse war groß. 2022 nutzten 39.200 Schülerinnen und Schülern das Angebot, schon vor dem Start in das neue Schuljahr Inhalte des letzten Jahres aufzufrischen und zu vertiefen, oder den Übertritt in eine neue Schule oder Hochschule vorzubereiten. Erstmals wurde die Sommerschule 2020 abgehalten, um den Schülerinnen und Schülern eine Möglichkeit zu geben, Lehrinhalte aus dem ersten halben Jahr der Coronakrise nachzuholen. Die jährlich steigenden Anmeldungen sprechen für die Qualität und den Mehrwert, den die Schülerinnen und Schüler aus der Sommerschule generieren. Das Angebot wurde heuer

ausgeweitet und zielt darauf ab, projektbezogen sowie klassen- und schulübergreifend vorzubereiten.

Wie schon 2021 unterstützte die Industriellenvereinigung eine weitere Besonderheit der Sommerschule: Jugendliche ab der fünften Schulstufe konnten auch dieses Jahr wieder freiwillig als Buddys teilnehmen, um jüngere Schülerinnen und Schüler während der zwei Sommerschulwochen persönlich zu begleiten und zu unterstützen. Dabei konnten sie auch erste Einblicke in den Beruf der Pädagoginnen und Pädagogen gewinnen. Als Dank für diese wertvolle Arbeit mit Verantwortung und Vorbildfunktion erhielten die teilnehmenden Buddys von der IV und der WKO (Sparte Buch- und Medienwirtschaft) Büchergutscheine im Wert von 40,- EUR.



1031 DIGITAL THESEN

# Österreich ist ein Land der Hidden Champions – das sollten wir auch im digitalen Umfeld anstreben

## Österreich und die Industrie sind das Zuhause für viele Hidden Champions

Hidden Champions investieren überdurchschnittlich in Forschung und Entwicklung und erhalten eine hohe Wertschöpfungstiefe. Dies führt zu einer starken Position in Bezug auf Margen & Profitabilität, aber auch zu nachhaltigen Wachstumschancen für Unternehmen, Mitarbeiter und Region.

## Als Industriestandort Österreich sollte dies auch im digitalen Zeitalter gelten...

Digitalisierung bedeutet für uns „Gruppe 1031“ viel mehr als Amazon, Alibaba und Google – es geht um die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle, von Fertigungstechnologien und Prozessen sowie um die Optimierung von Wertschöpfungsketten und internationale Partnerschaften.

## Österreich ist prädestiniert für Hidden Champions

Die Rahmenbedingungen hinsichtlich Größe, Marktzugang, politischer Stabilität und Geografie haben Hidden Champions dabei unterstützt, zu globalen Marktführern aufzusteigen. Auch der Fokus auf eine klar definierte Nische wie F. List GmbH; Globale Partnerschaften zur Absicherung der Position gegen Wettbewerber und Ansiedlung in der Nähe von Bildungsinstitutionen (wie FACC).

Wir sind davon überzeugt, dass wir auch im digitalen Umfeld die perfekten Voraussetzungen für Hidden Champions schaffen können: Mit einem stabilen Umfeld, innova-

tiven und gut ausgebildeten Mitarbeitern, einem Fokus auf F&E sowie Produktentwicklung und der Anbindung an europäische Wertschöpfungsketten.

### Erforderlich sind dafür:

- Ressourcen für Produkt-/ Prozessoptimierung – traditionell und digital
- Ausbildung von Fachkräften und Attraktivität der (dezentralen) Standorte (e.g., Campus Hagenberg in OÖ)
- Verbesserung der breiten technischen Ausbildung und der Infrastruktur
- Einfachere Förderung von Innovation und Unternehmensgründungen
- Positionierung Österreich als Testmarkt für Europa (z.B. vereinfachte Regulierung, stabile Rechtslage, EU-Zugang)
- Nachhaltig hohe Lebensqualität als wichtiger Standortfaktor



# Generationengerechtigkeit trotz Krise

*Trotz Krise dürfen wir nicht kurz-sichtig handeln und die Zukunft außer Acht lassen. Vor allem nicht beim Pensionssystem.*

Halbzeit: Vor eineinhalb Jahren habe ich den Bundesvorsitz der Jungen Industrie übernommen. Eine Zeit, die nicht nur durch unerwartete globale Ereignisse geprägt war, sondern auch aufgrund unterschiedlichster nationaler Entwicklungen – von Coronahilfen bis zur Elementarbildung – sehr herausgefordert hat. Auch die nächsten eineinhalb Jahre dürften nicht weniger spannend werden. Und als ob Inflation, Energiekrise oder das weiterhin schlummernde Schreckgespenst Corona nicht schon genug wären, beschäftigt uns nun auch das Pensionssystem. Wieder einmal.

Bei jeder Gelegenheit wird versucht, das Gesetz auszuhebeln und das bereits überlastete Pensionssystem weiter aufzublähen. Aktuell mit dem Versuch, die Teuerung über das Pensionssystem abzufedern. Natürlich braucht es sinnvolle Maßnahmen, um die Inflation im Rahmen zu halten. Das Pensionssystem ist da aber der falsche Lösungsansatz: Es ist weder treffsicher noch langfristig leistbar. Allein die gesetzlich vorgesehene Erhöhung, die auch die jährliche Inflation berücksichtigt (!), steigt 2023 um 5,8% und treibt die Kosten um mehr als drei Milliarden Euro in die Höhe.

Experten zeichnen bereits seit Jahren ein ähnliches Bild: Das kann sich langfristig nicht ausgehen. Statt gezielt dort zu helfen, wo es dringend notwendig ist, soll Geld weiterhin mit der Gießkanne verteilt werden. In einer „Kostes was es wolle“-Spirale gefangen, scheint die Politik jegliches Gespür für Verhältnismäßigkeit verloren zu haben. Es wird laufend mehr ausgegeben als notwendig. Das ist kein Rettungsakt, das gleicht einer Zeitbombe für die nächsten Generationen.

Auch diese Krise rechtfertigt es nicht, die Zukunftsfähigkeit unseres Landes außer Acht zu lassen. Dafür brauchen wir ein generationengerechtes Pensionssystem, das echte Automatismen – von der jährlichen Anpassung bis zum Eintrittsalter – berücksichtigt, oder ein komplett neues System, etwa das beitragsorientierte Pensionsmodell. Und das dringender denn je. Wenn wir während der nächsten eineinhalb Jahren nur einen kleinen Schritt in die richtige Richtung machen könnten, wäre ich schon zufrieden, denn: Hoffnung stirbt bekannterweise zuletzt.

Herzlichst Euer

Matthias Unger,  
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie

## WELCOME ON BOARD

# Willkommen Anna Hilti

Die 34-jährige Anna Hilti übernimmt den Vorstandsvorsitz der Jungen Industrie Vorarlberg. Seit 2018 ist sie in fünfter Generation im Familienbetrieb Hilti & Jehle tätig und in ihrer Position als Geschäftsführerin für den Bereich Vermögensverwaltung und Immobilienentwicklung verantwortlich. Inhaltlich wird sie als neue Vorstandsvorsitzende der JI Vorarlberg vor allem der Ausbau der Elementarpädagogik, die Einführung eines neuen Mentoringprogramms sowie die Attraktivierung des heimischen Standorts für Expats und High Potentials beschäftigen.

Die Junge Industrie heißt Anna Hilti herzlich willkommen: Wir freuen uns sehr auf die gemeinsame Zusammenarbeit. Der bisherigen Vorsitzenden Katharina Rhomberg-Shebl danken wir vielmals für den unermüdlichen und großartigen Einsatz!



## IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige Industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Marlena Mayer, Maria Schmidt-Iankova, Lektorat: Barbara Oberrauter-Zabransky. Verantwortlich für den Inhalt: Mathias Burtscher, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Grafik: Nina Mayrberger, des21

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Buchdruckerei Lustenau/Fasching, AdobeStock, IV-Burgenland/AdobeStock, IV-Kärnten, IV-NÖ/AdobeStock, IV-OÖ, IV-Salzburg/wildbild, IV-Steiermark/AdobeStock, IV-Tirol, IV-Vorarlberg, IV-Wien/Franziska Liehl, Andrea Zehetner

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



Das kompetente Team des WWTF mit Präsident Michael Häupl.

## 20 Jahre im Dienste der Exzellenz

Seit seinem Bestehen hat der Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds über 330 große Forschungsprojekte mit mehr als 230 Millionen Euro unterstützt. Zum Jubiläum ehrte auch Bundespräsident Alexander Van der Bellen diese Wiener Exzellenzinstitution.

Sowohl Bundespräsident Van der Bellen, Bürgermeister Michael Ludwig sowie WWTF-Präsident Michael Häupl betonten in ihren Begrüßungen die Bedeutung von Forschung und Innovation für die Wissensmetropole Wien. „Wir müssen die Expertise der Wissenschaft besser mit der Wirtschaft, der Politik und der Zivilgesellschaft verknüpfen, um Wissen in Problembewältigung zu verwandeln. Die großen Herausforderungen unserer Zeit benötigen neue Formen des Zusammenspiels“, betonte etwa der Bundespräsident, der als Wissenschaftsbeauftragter der Stadt Wien einige Jahre Tür an Tür mit dem WWTF arbeitete.

Michael Häupl hatte, gemeinsam mit dem damaligen Vizebürgermeister und Koalitionspartner Bernhard Görg und der „Privatstiftung zur Verwaltung von Anteilsrechten“ den WWTF gegründet. Die Stiftung ist seit Anbeginn der Hauptfinanzier des Forschungsfonds und schüttet jedes Jahr zwischen zehn und elf Millionen Euro aus. Die Stadt Wien hat ihre Zusatzfinanzierung darüber hinaus in den vergangenen zehn Jahren konsequent ausgebaut, für den Zeitraum 2022 bis 2024 werden die Zuwendungen auf nunmehr jeweils zehn Millionen Euro verdoppelt.

Die IV-Wien sowie die gesamte Wiener Industrie waren von Anfang an wichtige Partner des WWTF – so war auch der ehemalige Geschäftsführer der IV-Wien, Thomas Oliva,



Bürgermeister Michael Ludwig bei seiner Eröffnungsrede zur Gala.

lange Jahre als Vorsitzender des Kuratoriums für den Fonds tätig. Die Zielsetzung des WWTF ist es, Wien als eine der fünf starken, dominierenden Forschungsmetropolen in Europa und damit als Anziehungspunkt für Top-Talente zu positionieren. Dabei will man vor allem Projekte fördern, die vorhandene Stärken weiter ausbauen und dabei den Fokus auf höchste wissenschaftliche Qualität legen. Seit Beginn wurden 330 Forschungsprojekte in sieben Schwerpunktbereichen mit durchschnittlich 630.000 Euro gefördert. Dabei ist es auch gelungen, über das „Vienna Research Groups Programm“ 35 junge, exzellente

Wissenschaftler nach Wien zu holen. „Aktuell sind rund 200 PhD- und Post-Doc-Stellen auf der WWTF-Payroll, und wir sorgen auch für thematische Erneuerung in Wien“, so WWTF-Präsident Michael Häupl.

Dem Ziel, zu den „Top-Standorten“ zu zählen, sei man zwar schon deutlich nähergekommen, so WWTF-Geschäftsführer Michael Stampfer, dennoch müsse weiter „ordentlich finanziert und natürlich mit gescheiterten Maßnahmen gefördert werden. Geld, das nicht da ist, kann nicht durch Intelligenz endlos substituiert werden.“ Hier seien Wien und Österreich noch ein Stück



IV-Wien-Geschäftsführer Johannes Höhrhan mit WWTF-Geschäftsführer Michael Stampfer und IV-Generalsekretär Christoph Neumayer (v.l.n.r.)

hinter führenden Forschungsstandorten wie der Schweiz, den Niederlanden oder Dänemark zurück.

In der Forschungslandschaft merke man aber jedenfalls deutlich, welche Auswirkungen die 20 Jahre zielgerichtete Unterstützung durch den WWTF habe: „Dort, wo Innovation, Exzellenz und Grundlagenforschungsförderung zusammentreffen, steht der WWTF für die Wiener Universitäten und Forschungseinrichtungen an erster Stelle. Er erhöht unsere Attraktivität für wissenschaftliche Talente aus aller Welt und hilft damit, Wien als gewichtigen Wissenschaftsstandort zu formen, weiterzuentwickeln und weltweit sichtbar zu machen“ so Sabine Seidler, Präsidentin der Österreichischen Universitätenkonferenz und Rektorin der TU Wien.

# Das Fundament unseres Wohlstands bröckelt!

Die Entwicklung auf den Energiemärkten, insbesondere bei Strom und Gas, wird zur extremen Belastungsprobe. Ohne sichere und leistbare Energie droht das industrielle Rückgrat Europas zu brechen.



## DEBATTE

Teilen Sie uns Ihre Meinung mit –  
via E-Mail an [debatte@iv.at](mailto:debatte@iv.at)

Europas Energiemärkte spielen verrückt. Der Westen seufzt, Putin freut's – ist dies doch die stärkste Waffe in seiner Hand. Mangelnde Planbarkeit ist aber Gift für die Industrie. Und dass sich Dinge, sozusagen über Nacht und vollkommen überraschend, radikal anders darstellen können, mussten wir gerade in Wien kürzlich miterleben.

So dynamisch und erratisch auch die derzeitige Situation ist – allein die Ankündigung der EU Ende August, man wolle aktiv gegen die vollkommen verrückten Strompreissteigerungen auf den Märkten vorgehen, hat zu einem vorübergehend markanten Absinken der Preise geführt – so eindeutig sind aber auch die wirtschaftlichen Folgen der Energieengpässe: der Euro im 20-Jahrestief, Kostenexplosion allerorten und eine drohende Rezession.

Verständlich sind die Rufe nach kurzfristigen Maßnahmen wie Strompreisbremsen, Entlastungspaketen, Schutzschirmen und Übergewinnsteuern. Diese bringen aber leider keine strukturelle Lösung des Problems, sondern lenken von diesem sogar ab: Wie erzielen wir bei steigendem Energiekonsum Versorgungssicherheit und globale Preiswettbewerbsfähigkeit – und das bei gleichzeitiger Dekarbonisierung?

Zu selbstverständlich schien der Zugang zu leistbarer Energie in Europa – seit der industriellen Revolution eine der wichtigsten Grundlagen des Wohlstandes unserer modernen Gesellschaft. Von der schmutzigen Kohle, einst das Fundament der industriellen Erfolgsgeschichte Europas, sind wir zum Glück weitgehend abgekommen. Die nächste, viel radikalere Transformation in Richtung erneuerbarer Energie (37,5 Prozent des EU-Brutto-Stromverbrauchs 2020, Eurostat), steht aber noch an.

Die derzeitige Situation sollte für alle ein Weckruf sein, wie schnell fundamentale Grundlagen unseres Wohlstandes in Gefahr kommen können, wenn wir nicht strategisch agieren. Global aufgestellte Unternehmen wussten schon vor der aktuellen Multikrise, dass Europa nicht an der Spitze war, wenn es um die Bereitstellung von Energie auf kompetitivem Preisniveau ging. Aktuell ist der Unterschied zu anderen Regionen jedoch haarsträubend. Langfristig kann kein noch so innovatives europäisches Unternehmen diesen Preisdruck unbeschadet überstehen – vor allem, wenn es Konkurrenten gibt, die eben nicht in Europa produzieren.

Europa läuft Gefahr, zu einem Hochrisikoland im Energiebereich zu werden, was einen generellen Wettbewerbsnachteil für unsere Industrie bedeuten würde. Gelingt hier keine Wende, kann die EU getrost jegliche Ambitionen einer zukunftsfähigen Industriestrategie ad acta legen. Wir brauchen einen konkreten Kurz-, Mittel- und

Langfristplan ohne Denkverbote und wishful thinking. Andere Länder wie Schweden oder die Schweiz machen es uns vor. In der Schweiz etwa spielt neben dem zentralen Argument der „bezahlbaren Energie“ auch das Thema Modernisierung der Energieinfrastruktur eine wesentliche Rolle. So sollen dort vor allem notwendige Genehmigungsverfahren massiv beschleunigt werden. Etwas Vergleichbares wie die Schweizer „Energiestrategie 2050“ brauchen wir auch in Österreich – samt Bekenntnis zu schnelleren Verfahren zur Errichtung der erforderlichen Infrastruktur, aber auch dem Bekenntnis zur Sicherstellung leistbarer Energie. Das ist das zentrale Ziel! Es muss einfach klarer werden, was, wann, wo gemacht werden muss, um festgelegte Ziele auch realistisch umsetzen zu können.

Seitens der Industrie wurde immer betont, dass man bei der Transformation der Energiesysteme unbedingt im globalen Gleichklang vorgehen muss, zumindest jedoch im Gleichklang mit unseren unmittelbaren Mitbewerbern. Ansonsten steht Europa am Ende vielleicht als vorbildlicher „Klimasaubermann“ da – hat aber gleichzeitig den wirtschaftlichen Sockel, auf dem unser gesellschaftliches Erfolgsmodell der sozialen Marktwirtschaft aufbaut, zerstört.

Innovation und Technologie werden vielleicht in der Zukunft radikal neue Lösungen bringen, sei es im Bereich des grünen Wasserstoffes, der Kernfusion oder etwa auch, wie vor kurzem von der ESA präsentiert, durch Energiegewinnung im Weltraum. Aber viele dieser Lösungsvorschläge sind noch Zukunftsmusik. Bis dahin müssen wir auf alles setzen, was wir wirklich zur Verfügung haben. Was neben der Bereitstellung von Energie auch deren möglichst effizienten Einsatz umfasst.

Vor allem müssen wir selbst mehr Energie, insbesondere mehr Strom lokal produzieren – wer abhängig ist, bleibt erpressbar! Und dabei sollten wir, und das betrifft unser

schönes, aber technologieskeptisches Land besonders, keine Denkverbote und Tabus zulassen. Windräder, Solar, Biomasse, Geothermie, Pumpspeicher, Wasserkraft – besonders, wenn auch lokal geschlossene Lösungen gelingen, um das allgemeine Stromnetz zu entlasten. Aber das wird nicht reichen. Dass wir in Österreich aktuell sogar Kohle wieder in Betracht ziehen müssen, zeigt ja symptomatisch, wie groß die Herausforderung ist.

Das führt mich zu der in Österreich sehr schwierigen Diskussion um die Kernenergie. Bei allem Verständnis für die Ablehnung derselben, Tatsache ist: In Europa spielt Atomstrom mit einem Anteil von 25 Prozent (2020, Eurostat) als stabile, CO<sub>2</sub>-freie Grundenergie eine Rolle, und natürlich importiert auch Österreich derzeit Atomstrom. Die Produktion desselben sicherer zu machen, ist in unser aller Interesse. Von möglichen Weiterentwicklungen in diesem Bereich ganz zu schweigen – zumindest sollte man an diesen Themen auch bei uns aktiv Forschung und Entwicklung betreiben können.

Einmal mehr ist derzeit offensichtlich, dass Österreich keine Insel der Seligen ist, nicht sein kann. Wir sind, ob wir wollen oder nicht, in einer Schicksalsgemeinschaft mit dem Rest unseres Kontinents. Allein wird es nicht gehen. Und ohne auch unangenehme Entscheidungen zu treffen, ebenfalls nicht. Diese Krise stellt eine Zeitenwende dar und könnte der Katalysator für eine neue, ökologisch und ökonomisch nachhaltige Energiepolitik sein. Jede Krise ist dann eine Chance, wenn entschlossen die richtigen Schritte gesetzt werden.

Ihr

Christian C. Pochtler,  
Präsident der IV-Wien

## Forschung und Technologie zum Anfassen

Im Rahmen des Forschungsfestes 2022 im Wiener Rathaus konnten große und kleine Entdecker die Welt der Wissenschaft hautnah erleben.

Ein schwimmendes Kanu aus Beton, Rennautos mit Elektromotor, Pflanzen, die die Stadt sauber halten, oder auch ein Kontrollgang mit einem Roboter. Bei mehr als 30 Stationen im Wiener Rathaus konnten die Besucher vom 9. bis 11. September Einblicke in die vielfältige Forschungslandschaft Wiens nehmen. Neben der Sichtbarmachung der Leistungen der Technologiemetropole standen auch die Menschen hinter den innovativen Projekten im Vordergrund. Als „Role Models“ stellten sie bei einigen Stationen die Berufsbilder der Zukunft vor. „Uns ist es wichtig, ein breites Spektrum an Zukunftsberufen darzustellen: Vom Lehrberuf über die Fachkraft bis hin zur Spitzenforschung. Wir wollen die Jungen fit für die Zukunft machen und damit



Technik spielerisch ausprobieren - das Forschungsfest macht es möglich.

den Standort stärken“, so Wirtschaftsagentur Wien-Geschäftsführer Gerhard Hirczi.

„Wir brauchen gut ausgebildete Fachkräfte, gerade um den Technologiestandort Wien

on top zu halten und weiterhin neue Innovationen zu ermöglichen. Wien als Zukunftsmetropole setzt hier mit dem Forschungsfest gelungene Akzente“, so auch IV-Wien-Geschäftsführer Johannes Hörhnan.

Die Wiener IV ist nicht zuletzt deshalb ein Kooperationspartner beim Wiener Forschungsfest. Die innovationsstarke Wiener Industrie ist mit Investitionen in die Forschung in Höhe von rund 100 Mio. Euro pro Jahr ein wesentlicher Player am Forschungsstandort Wien.

„Wir nehmen Zukunftsthemen ernst und geben ihnen beim Wiener Forschungsfest mit dem prominenten Standort in der City auch den Stellenwert, den sie verdienen. Forschung und Technologie sind bestimmende Themen für unsere Stadt und ihre Bevölkerung – die innovativen Projekte der Wiener Forschung und die inspirierenden Menschen dahinter begeistern immer wieder aufs Neue“, so Wirtschaftsstadtrat und Wirtschaftsagentur Wien-Präsident Peter Hanke.

# „Riesige Herausforderung, aber auch eine Chance“

Im Interview mit den iv-positionen äußert sich Vizekanzler Werner Kogler zu den aktuellen Maßnahmen der Bundesregierung im Zuge der Krisenbekämpfung sowie zu den Aussichten für die nähere Zukunft.



Bei der Energiewende müsse Österreich auf die Überholspur kommen, so Werner Kogler. Genehmigungsverfahren sollen daher schneller und effizienter werden.

**Sehr geehrter Herr Vizekanzler, wir befinden uns in einer Zeit der Multikrisen. Der schreckliche Krieg in der Ukraine sowie die Energiekrise belasten die Bevölkerung zunehmend: Viele Menschen sorgen sich vor dem Herbst – was erwartet uns?**

Es erwartet uns weiterhin eine schwierige Zeit. Die multiplen Krisen, die uns momentan treffen, erfordern ein geeintes und zielgerichtetes Handeln. Mit den drei Maßnahmenpaketen zur Abfederung der Teuerung haben wir vorausschauend gehandelt, viele Auszahlungen werden jetzt im Herbst bei den Menschen landen. Mir ist wichtig, dass wir niemanden allein lassen und wir Bevölkerung und Wirtschaft bei der Bewältigung der Krisen effizient, gezielt und zugleich möglichst rasch unterstützen.

Eine besondere Herausforderung ist natürlich die Energiekrise. Die Bundesregierung und die österreichischen Unternehmen haben in den letzten Wochen und Monaten intensiv daran gearbeitet, genug Gas einzuspeichern, damit alle halbwegs gut durch den Winter kommen. Hier hat die Energie- und Klimaministerin federführend die Grundlagen geschaffen, damit die Gasspeicherstände wieder rasch ansteigen und auch die Diversifizierung vorangetrieben wird. Die Tatsache, dass Putin den Gashahn als Waffe einsetzt, muss uns aber aufrütteln. Wir müssen raus aus den fossilen Energieträgern. Wo immer es möglich ist, müssen künftig erneuerbare Energien eingesetzt werden. Da sind wir im Gebäudebereich, im Verkehr und auch in der Industrie gefragt. Unter anderem die hohen Energiepreise zeigen, dass Energieeffizienz und Erneuerbare ein Gebot der Stunde sind.

Wir sollten diese schwierige Phase auch dafür nutzen, uns vor zukünftigen Krisen zu schützen. Energiesicherheit und Importunabhängigkeit erhalten eine neue Priorität. Klar ist: es gibt kein Zurück mehr. Es wäre ein Irrglaube anzunehmen, dass wir wieder eine Situation wie vor dem Angriffskrieg Russlands haben werden. Das ist eine riesige Herausforderung, aber auch eine Chance.

**Neben den aktuellen Krisen müssen wir auch die wohl schwierigste Herausforderung aller Zeiten, den Klimawandel, meistern: Was soll oder was kann Österreich hier Ihrer Meinung nach tun?**

Die Klimakrise ist die Krise, die uns am längsten – nämlich die nächsten Jahrzehnte – fordern wird. Die Auswirkungen werden immer spürbarer, auch hier in Österreich. Hitzewellen, Unwetter, Dürrekatastrophen – es wird ungemütlich und für viele Menschen durchaus existenzbedrohend. Neben dem Gesundheitssystem und der Landwirtschaft ist heuer auch die Energieversorgung durch die Dürre unmittelbar betroffen. Ein weiterer Weckruf.

In der ersten Hälfte der Regierungsperiode konnten wir bereits viel zur Bekämpfung der Klimakrise umsetzen: Das Erneuerbare-Ausbau-Gesetz, das Erneuerbare-Wärme-Gesetz, das Klimaticket, die Milliardeninvestitionen in den Klimaschutz, die ökosoziale Steuerreform sind alles Schritte zur Klimaneutralität 2040. Wir werden weitere Maßnahmen setzen, um Klimaschutz und Energieunabhängigkeit voranzutreiben. Es wird auch darum gehen, die Transformation in der Industrie bestmöglich zu unterstützen. Viele österreichische

Unternehmen sind federführend in Sachen effizienter, umwelt- und klimafreundlicher Technologien. Hier muss unser Anspruch sein, zur Weltspitze zu gehören. Wenn wir die Industrie entsprechend unterstützen, können wir die Wettbewerbsfähigkeit erhalten und den Standort Österreich attraktivieren.

**Woher soll langfristig gesehen unsere Energie kommen? Wie schnell können wir die für die Transformation des Energiesystems notwendige Infrastruktur schaffen?**

In Zukunft muss unsere Energie aus heimischer Sonne, Wind und Wasser kommen. Diese Transformation muss rasch funktionieren. Bis 2030 ist unser Ziel ganz klar: 100 Prozent Strom aus heimischer Energie. Mit der Novelle der Umweltverträglichkeitsprüfungen, die gerade in Begutachtung ist, haben wir gesetzlich bereits eine gute Grundlage geschaffen, um die entsprechenden Verfahren schneller und effizienter zu gestalten. Wir müssen in der Energiewende auf die Überholspur kommen. Jedes Windrad, jede PV-Anlage macht uns unabhängiger von Putin.

**Der Krieg in der Ukraine hat in Europa eine neue Debatte über den europäischen Zusammenhalt ausgelöst. Wie soll sich Österreich Ihrer Meinung nach positionieren? Welche Rolle soll und kann hier die Europäische Union einnehmen?**

Der europäische Zusammenhalt ist zentral. Wir dürfen uns nicht auseinanderdividieren lassen. Die EU reagiert gemeinsam mit ihren Verbündeten sehr geeint auf den russischen Aggressor. Die beschlossenen Sanktionen wurden gemeinsam ausgearbeitet.

Wir bieten einen starken, demokratischen Gegenpol zu einem autoritären, kriegführenden Herrscher.

Österreichs Position ist völlig klar. Die Bundesregierung unterstützt die Sanktionen, die – und das sehen wir sehr klar – in Russland zunehmend gravierende wirtschaftliche Auswirkungen haben. Auch wenn von der russischen Propaganda das Gegenteil suggeriert wird: Die russische Wirtschaftsleistung sinkt heuer um ca. zehn Prozent. In vielen Bereichen kommt es zu enormen Problemen.

**Abgesehen von der derzeitigen, schwierigen Situation: Was sind aus Sicht der Grünen die wichtigsten inhaltlichen Schwerpunkte, die Sie in dieser Regierung noch umsetzen wollen? Planen Sie weitere, auch systemische Reformen?**

Neben den Maßnahmen zur Stützung der Wirtschaft, der exportorientierten Industrie, der Energiesicherheit und Energiewende sind auch der soziale Zusammenhalt und das Thema Transparenz zentral. Unser Ziel muss sein, in schwierigen Zeiten Vertrauen in Politik und die demokratischen Institutionen zu stärken. Hier gibt es bereits einige Erfolge wie das Parteiengesetz, das gläserne Parteikassen endlich zur Realität werden lässt, aber auch die Transparenzoffensive bei den Corona-Hilfen, bei der wir uns durchsetzen konnten. Ein großer Schritt, der noch bevorsteht, ist die Informationsfreiheit, die auch in demokratischen Ländern immer wichtiger wird. Hier werden wir nicht lockerlassen und im Herbst weitere Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Länder und Kommunen führen.